

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 78 (1995)

Artikel: Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 4, Im Strom der Modernisierung : Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt 1700-1914
Autor: Pfister, Christian
Kapitel: 8: Zusammenfassung und Synthese
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

8.1 *Einleitung*

Abschliessend werden die wesentlichen Teilergebnisse der Untersuchung in einen breiteren Zusammenhang hineingestellt. Als Raster dient das von Volker Bornschiefer vorgeschlagene Konzept des Gesellschaftsmodells. Aus neuen, allgemein akzeptierten Leitbildern entstehen jeweils neue Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft, welche Unvereinbarkeiten zwischen Grundwerten mildern und damit Raum schaffen für einen wirtschaftlichen Aufschwung auf der Basis neuer «technologischer Stile». Ein Gesellschaftsmodell kennt im Verlaufe seiner mehrere Jahrzehnte dauernden «Karriere» eine typische Abfolge von Entfaltung, Sättigung und Auflösung. Der Zerfall tritt ein, wenn es als Folge von neuen Spannungen und Widersprüchen in einer Krise seine Legitimität einbüsst (vgl. Kap. 1).

8.2 *Das Gesellschaftsmodell der aufgeklärten Reformer*

Das «politökonomische Régime» des alten Bern legitimierte sich durch ein gut ausgebautes, institutionell gesteuertes Versorgungssystem für Basisgüter wie Getreide und Holz, die Gewährleistung interregionaler Steuergerechtigkeit und die Vermittlung innerdörflicher sozialer Befriedung. Dazu blieb die Mehrwertabschöpfung dank einer weitgehend ehrenamtlichen Administration sowie dem Verzicht auf eine mit einem Fürstenhof vergleichbare Repräsentation und ein stehendes Heer im internationalen Vergleich bescheiden.

Aus der Perspektive der landbesitzenden Aristokratie trug die Periode von den frühen 1740er Jahren an Züge einer sich verschärfenden Rezession. Die Zehnterträge stiegen nach einer jahrzehntelangen Expansion nicht weiter an. Zum Teil äusserte sich hierin der Einfluss der Kartoffel. Teilweise war dies eine Folge der auch aus anderen Kantonen und europäischen Staaten bekannten demographischen Stagnation, die im Falle Berns durch eine schwere Epidemie der Roten Ruhr im Jahre 1750 um zwei Jahrzehnte verlängert und verschärft wurde. Die Getreidepreise zogen nur noch wenig an, und das knapper werdende Angebot an landwirtschaftlichen Arbeitskräften liess die Löhne ansteigen. Diese Tendenzen schmälerten die Einkünfte des grundbesitzenden Patriziats und die Zehnteinnahmen des Staates. Nicht Bevölkerungsdruck, eher der Mangel an Arbeitskräften gab Anstoss zur Erneuerung, was zur bekannten Theorie von Ester Boserup in Widerspruch steht.

Für das neue Gesellschaftsmodell war der Umschwung des wirtschaftlichen Denkens in Europa bedeutsam. Die französischen Physiokraten verstanden die Volkswirtschaft erstmals als System von Wechselbeziehungen, propagierten als vorrangiges Mittel zur Förderung der Wirtschaft Massnahmen zur Steigerung der Fruchtbarkeit des Bodens als Schlüsselenergieträger nach englischem Vorbild und forderten zur Schaffung der nötigen Anreize eine Freigabe des Getreidehandels.

In Bern schloss sich eine Gruppe von Reformwilligen 1759 in der Ökonomischen Gesellschaft zusammen. Sie strebten einen «Programmwechsel» an, der in seiner Gesamtwirkung nach dem Vorbild Englands einen Aufschwung von Bevölkerung und Wirtschaft in Gang bringen sollte, aber den politischen Bereich ausklammerte. Der neue «technologische Stil» umfasste eine Doppelstrategie, bestehend aus dem Projekt der Agrarmodernisierung, ausgerichtet auf eine Ankurbelung des für Staat und Patriziat gleichermassen entscheidenden Getreidebaus, und aus einer Bevölkerungs- und Sozialpolitik, die eine effizientere Mobilisierung und Mehrung der verfügbaren Arbeitskräfte anstrebte. Die beiden Komponenten ergänzten die ältere merkantilistische Strategie des Kommerzienrates, die durch die Ansiedlung und Begünstigung von Heimindustrien auf eine aktive Handelsbilanz zielte, zu einem umfassenden Reformkonzept.

Um die Getreideproduktion auszuweiten, wurden Praktiken zur Überwindung der Düngelücke propagiert, die der langfristigen Stagnation der Erträge zugrunde lag: Das Stickstoff-Recycling durch Jauchegruben, die Sommer-Stallfütterung des Viehs und die Einführung kleeartiger Futterpflanzen waren bereits von einzelnen experimentierfreudigen Bauern erprobt worden. Auf Anstoss der Reformer hin gab der Grosse Rat die feudalen Hemmnisse, die einer rascheren Verbreitung dieser Innovationen im Wege standen, vor allem die Weidrechte in den Zelgen und auf den Allmenden, zur Aufhebung durch die Dorfgemeinden frei. Mit Strategien zur Einsparung von Holz und durch den Übergang zu einem Waldbau auf wissenschaftlicher Grundlage hoffte man Konsum und Produktion von Holz besser ins Gleichgewicht zu bringen. Der Bau von Fernverbindungsstrassen mit fester Oberfläche nach französischem Vorbild war darauf angelegt, die wirtschaftlichen Kernräume des Staates zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenzuschmieden.

Als Basis für eine aktive Bevölkerungspolitik wurde 1764 nach dem Vorbild ausländischer Staaten eine erste Volkszählung durchgeführt. Um den Grossen Rat zu diesem Schritt zu bewegen, nutzten führende Köpfe der Ökonomen kritische Bemerkungen über Berns Solddienstwesen im Werk des berühmten Demographen Johann Peter Süssmilch publizistisch aus und schürten mit Verweis auf den Mangel an Arbeitskräften, der als Spätwirkung der Ruhrepidemie von 1750 spürbar wurde, die Angst vor einer Entvölkerung und Schwächung der Wehrbereitschaft. In der Folge versuchte der Sanitätsrat epidemischen Krankheiten, vor allem der Ruhr und den Pocken, wirksamer zu begegnen und durch die Errichtung einer Hebammenschule die Säuglingssterblichkeit zu senken.

Der Kommerzienrat hatte seit Ende des 17. Jahrhunderts versucht, Manufakturen anzusiedeln, was im Falle der Strumpfwirkerei und der Indiennesdruckerei vorübergehend gelang, aber längerfristig an der gesellschaftlichen Zurücksetzung innovativer und dynamischer Unternehmerpersönlichkeiten durch die patrizische Elite scheiterte. Dafür verfügte Bern über günstige rechtlich-strukturelle Voraussetzungen für die Entfaltung ländlicher Protoindustrien. Die offizielle Doktrin ging zwar von einer Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land aus; aber die politisch bedeutungslose Handwerker- und Kaufmannschaft vermochte diese nicht durchzusetzen. Um die Jahrhundertwende waren im Mittelland 40% der ländlichen Haushaltvorstände als gewerbliche Professio-

nisten tätig. Dies liegt weit über den bisher bekannten deutschen und schweizerischen Werten. Zu einem Pfeiler der Exporte von Fertigsgütern wurde im späten 18. Jahrhundert das im Oberaargau und Emmental verbreitete Leinwandgewerbe, wobei dieses in seiner Bedeutung weit hinter den Baumwollindustrien der Ostschweizer Kantone oder der Basler Seidenbandweberei zurückstand.

Bis zur Krise von 1770/71, die in Bern demographisch kaum in Erscheinung trat, dürfte der Aufschwung als Spätfolge der Ruhrepidemie durch einen Mangel an Arbeitskräften gebremst worden sein. Die volle Entfaltung des Stils fiel in die Jahre 1771–1785, in der die Bevölkerung wiederum merklich anwuchs und die gemeinhin als die goldene Zeit des alten Bern gelten. Dann trat eine Periode der Sättigung und Stagnation ein, in die das Zwischenspiel der Helvetischen Republik fällt. Es zeigte mit der Verbreiterung der politischen Partizipation und der Ankündigung einer völligen Liberalisierung der Wirtschaft Alternativen zum bestehenden System auf und stellte dessen Legitimität dadurch dauerhaft in Frage.

In der Mediation begann der Niedergang der Protoindustrien. In der Indienne-druckerei verschliefen die Leiter den Technologiewandel, das Leinengewerbe litt unter einem Ausfuhrverbot Frankreichs; nach 1815 wurde die Handspinnerei von der Konkurrenz des englischen Maschinengarns erdrückt. Parallel dazu konsolidierte sich mit der anhaltenden Expansion der Bevölkerung und der einsetzenden Agrarmodernisierung das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion. Der Kanton wurde zunehmend zum agrarischen Ergänzungsraum der flussabwärts gelegenen aufstrebenden Industrieregionen des Mittellandes, wohin Vieh, Getreide und Rohstoffe ausgeführt wurden. Mit der Loskäufllichkeit der Zehnten in der Mediation wurde die Legitimität des alten Régimes zunehmend erodiert. Elemente des zukünftigen technologischen Stils tauchten mit den ersten Dorfkäsereien nach 1815 auf.

8.3 *Das Gesellschaftsmodell der liberalen Gründerära*

Das Jahr 1831 bildet nach der Auffassung von Hans v. Greyerz «einen besonders tiefen Einschnitt in der bernischen Geschichte, durch die Endgültigkeit des Entscheides geniesst der Umbruch von 1831 sogar gegenüber dem [...] Übergang von 1798 noch einen Vorrang»¹.

Das Gesellschaftsmodell der liberalen Gründerära gliedert sich in die früh-liberale Periode des Aufschwungs (bis 1846), die turbulente Zäsur von 1847–1855 mit der zweigipfligen Wirtschaftskrise, dem Sonderbundskrieg, der Gründung des Bundesstaates und dem konservativen Zwischenspiel von 1850–1854, in die radikale Periode der Sättigung bis 1877 mit ihrem Wechsel von Prosperitäts- und Rezessionsphasen und schliesslich in eine Periode des Zerfalls von 1878 bis 1889.

Massgeblich für die politischen Rahmenbedingungen der Entwicklung blieb bis ins späte 19. Jahrhundert der Kanton. Der Gesellschaftsvertrag wurde 1831 auf der Grundlage einer demokratisch sanktionierten Verfassung erneuert, die die liberalen Grundrechte verkündete und die ländlichen Oberschichten, die über das Privileg von Besitz, Bildung und Musse verfügten, an der politischen Macht beteiligte². Der Fortfall der chaotischen Zoll- und Währungsverhältnisse im neu gegründeten

Bundesstaat wirkte sich in den ersten Jahrzehnten nach 1850 auf die ökonomische Entwicklung noch wenig aus³.

Der neue technologische Stil beruhte auf der Produktion von Käse und Uhren für den internationalen Markt sowie auf dem fortgesetzten Export von Getreide, Vieh und Holz in die flussabwärts gelegenen Industriegebiete. Der Triumph des Liberalismus schuf die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für den vollen Durchbruch der Agrarmodernisierung: Markt- und Gewerbefreiheit, freie Verfügung über den Boden, Ablösung der Gefälle, Aufhebung des institutionell gesteuerten Versorgungssystems für Getreide, Wein und Holz. Der Ausverkauf der Feudalabgaben schuf fiskalische Anreize zur Ausdehnung des Ackerfutter- und Kartoffelbaus, was sich innerbetrieblich in vermehrter Viehhaltung, ökologisch in einer Intensivierung des Stickstoffkreislaufs, volkswirtschaftlich in einer stärkeren Marktorientierung niederschlug. Im weiteren profitierte die organische Sequenz der Agrarmodernisierung vom Arbeitskräfteangebot der geburtenstarken Jahrgänge 1820–1835 und von steigenden Preisen für Getreide und Käse. Nach 1837 folgten sich die Gründungen von Dorfkäsereien in immer kürzeren Abständen, zunächst in der Führungsregion Emmental, dann im östlichen Mittelland. Der Getreidebau behauptete seine Stellung bei stagnierenden Anbauflächen und steigenden Erträgen. Auf einer Pro-Kopf-Basis vermochte die Landwirtschaft die gesamte Bevölkerung des Kantons ausreichend zu ernähren. Es blühte ein reicher Bauernstand auf, der eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen dezentral nachfragte. Von daher entstanden Arbeitsplätze und Beschäftigungsnischen, mehr im ländlichen Gewerbe und Dienstleistungssektor als in der Hauptstadt, die klein und überschaubar blieb und bis um 1860 dank einer griffigen Kontrolle der Zuwanderung nur im Gleichschritt mit der sie umgebenden Landschaft wuchs.

Im Falle der Uhren-Heimindustrie gelang es eingewanderten Unternehmern aus dem Kanton Neuenburg, die vorhandenen Strukturen durch Einführung neuer Technologien rechtzeitig an das veränderte wirtschaftliche Umfeld anzupassen. Es handelte sich um Liberale, die nach der fehlgeschlagenen Neuenburger Revolution von 1831 vor der anschliessenden harten Repression ins Vallon de St-Imier flüchteten. Sie verschafften dort dem neuen Fertigungsverfahren der «Etablissage» Eingang, bei der die Einzelteile des Uhrwerks zu Hause arbeitsteilig hergestellt und anschliessend in Werkstätten zusammengesetzt wurden. Damit legten sie den Grundstein zu einem bernischen «Silicon Valley», indem dank dem neuen Verfahren zu einer Massenproduktion mit hoher Wertschöpfung bei Wachstumsraten von 6 bis 7% übergegangen werden konnte. Durch die Initiative des Bieler Rates weitete sich die Uhrenfabrikation in den 1840er Jahren an den Jurafuss aus. Um 1850 waren der Südjura und Biel zur industriellen Führungsregion des Kantons geworden, die ähnlich wie das englische Lancashire von der Baumwollindustrie⁴ monopolartig von der Uhrenbranche beherrscht wurde. Von den späten 1870er Jahren an wurde die Fabrikation nach amerikanischem Vorbild stärker in Fabriken konzentriert.

Am Beispiel des Kantons Bern ist nachgewiesen worden, dass Landwirtschaft und Gewerbe im frühen 19. Jahrhundert einen erheblichen, von der Literatur bisher vernachlässigten Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung geleistet haben. Dies

deckt sich mit den neuen Erkenntnissen über das Wachstum der Wirtschaft in England und in den deutschen Territorialstaaten, das sich in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung weit stärker auf die Expansion von Bevölkerung, Landwirtschaft und Gewerbe stützte als auf den Beitrag des dynamischen, aber noch schmalen industriellen Sektors⁵.

Generell wurde die neue Konzeption des Eigentums ohne Abfederung der sozialen und ökologischen Nebenwirkungen kompromisslos durchgesetzt, namentlich bei der entschädigungslosen Aussperrung der Unterschichten von der traditionellen Waldnutzung. Mit der Regeneration begann die Leidenszeit des Berner Waldes. Die liberale Konzeption des Eigentums schloss die Freiheit des Holzhandels und Holzexports ein, und die neue Forstadministration handhabte die weiterhin geltende Bewilligung für Rodungen äusserst large. Im Zeitraum von 1832 bis 1856 wurden mehr als zwei Millionen Kubikmeter Bau- und Brennholz flussabwärts geflösst. Einer der grossen Abnehmer waren die Von-Roll-Eisenwerke in Gerlafingen, die im Jahresdurchschnitt mehr als 8000 Kubikmeter aus dem Einzugsgebiet von Emme und Ilfis aufkauften. Faktisch wurde der Wald zur Übernutzung freigegeben, bis die Klimavariation in der Jahrhundertmitte mit ihren zahlreicheren Überschwemmungen die ökologischen Folgewirkungen des Raubbaus ins Bewusstsein treten liess.

Das Problem der verbreiteten Armut, des Pauperismus, hatten die Liberalen als Altlast vom Ancien Régime übernommen. Bei der Beurteilung dieser Erscheinung ist mit allem Nachdruck auch auf ihre demographischen Wurzeln hinzuweisen: Der erklärungsbedürftige abrupte Umschlag vom alten, stark fluktuierenden zu einem «modernen», stetigeren, auf tieferem Niveau liegenden Sterblichkeitsmuster im Jahre 1820 leitete ein neues demographisches Régime ein, das die Bevölkerungsdynamik bis zur Jahrhundertmitte entscheidend prägte. Der plötzliche Rückgang der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit liess eine Folge von 10 bis 15 übergrossen Jahrgängen heranwachsen, die sich als «Baby-Boomer-Generation» in Form eines Python-Effektes durch die Alterspyramide hindurch fortbewegten und von der Mitte der 1830er Jahre an den Arbeitsmarkt überschwemmten. Diese ungewohnte Wachstumsdynamik überforderte die hergebrachten sozialen Instrumente der Bevölkerungskontrolle und stellte die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen hart auf die Probe. Die agrarisch und gewerblich geprägte Wirtschaft konnte namentlich im Oberland und im höheren Mittelland, wo die Agrarmodernisierung und die gewerbliche Expansion zurückblieben oder gar völlig fehlten, nicht genügend Arbeitsplätze bereitstellen.

Die soziale Belastung der Gemeinden ergab sich aus dem System der heimatrechtlichen Armenversorgung, das den Rechtsame- oder Gütergemeinden die Pflicht zur Unterstützung und Sesshaftmachung «ihrer» Armen überband und ihnen zugleich das Recht zur Erhebung von Steuern einräumte. Wo der Besitz wie im Seeland und im Ob- und Niderrhein relativ breit gestreut war und wo sich in der Auseinandersetzung um die gemeinen Güter zudem ein egalitärer Zugang durchsetzte, blieben die Armenlasten verhältnismässig gering. Im Emmental und in Teilen des Mittellandes dagegen, wo sich das Kulturland in den Händen einer bäuerlichen Oberschicht konzentrierte, die Unterschichten von den Produktivitätsgewinnen der

Agrarmodernisierung ausgeschlossen wurden und ein erheblicher Teil der Bevölkerung abwanderte, schlug die in der heimatörtlichen Armenpflege verankerte Pflicht zur Unterstützung von auswärtigen notarmen Burgern in Form übermässiger Steuerbelastung hart auf die Besitzenden zurück.

1846/47 setzten die Radikalen die von den Liberalen angekündigte Privatisierung des sozialen Netzes in die Tat um. Dies geschah ausgerechnet am Vorabend der zweigipfligen Krise in der Jahrhundertmitte, der letzten klimabedingten Versorgungskrise alten Typs, was den Kanton in ein unbeschreibliches Chaos stürzte. Das traditionale Instrument der Krisenbekämpfung, die obrigkeitliche Vorratshaltung, hatte man leichtfertig über Bord geworfen, bevor über das Eisenbahnnetz ausreichende Mengen an Getreide importiert werden konnten, um im Falle von Missernten einen krisenhaften Preisauftrieb zu dämpfen.

So negativ die extreme Polarisierung vom sozialen Standpunkt aus beurteilt werden muss, aus ökonomischer Perspektive ist doch auch auf ihre Vorteile hinzuweisen. Mit Blick auf das England des späten 18. Jahrhunderts ist Phyllis Deane zum Schluss gekommen, dass die ungleiche Vermögensverteilung zum investierbaren Überschuss der Gesellschaft beitrug. «Wenn dieser Überschuss den Armen zugeflossen wäre, hätte man ihn schwer aus dem Konsum abzweigen und in die Kapitalbildung lenken können. Der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum lag darin, einen echten wirtschaftlichen Überschuss in den Händen der Reichen von unproduktiver zu produktiver Vermögensbildung umzulenken»⁶. Das im Kanton Bern von der Bauernsamer akkumulierte Kapital wurde teilweise in die Aufstockung der Betriebe investiert. Vermutlich floss auch ein Teil in den Aufbau des Eisenbahnnetzes.

Die finanzielle Schwäche des Staates, deren Ausmass und Ursachen weiter erforscht werden müssen, steht mit der überstürzten Liquidation des alten Abgabensystems in Zusammenhang. Der ausgedehnte Zehnt- und Grundbesitz des Staates wurde in wenigen Jahrzehnten an habliche Bauern verscherbelt. Man versäumte es aus Mangel an entsprechenden Erfahrungen, die schwierige Phase des Übergangs vom alten System der Naturalabgaben zum modernen System der Einkommens- und Vermögenssteuern mit der nötigen Umsicht zu planen. Der Abbau des feudalen Steuersystems führte deshalb zunächst in ein längeres Provisorium.

Aus heutiger Sicht ist die Bilanz der liberalen Periode zwiespältig: Auf der einen Seite stehen ein Aufschwung der Exportindustrien – Käse, Uhren – und eine Äufnung von privatem Kapital, das teilweise in den Auf- und Ausbau des Eisenbahnnetzes floss, die Hebung des Bildungswesens, die Verwirklichung des Rechtsstaates und eine politische Partizipation für einen Teil der Bevölkerung. Die Kehrseite der Medaille bilden Steuergeschenke an die Wohlhabenden bei der Liquidation der Zehnten, die Demontage des sozialen Sicherungsnetzes und die Freigabe der Wälder zur Übernutzung durch private Eigentümer.

Die radikale Verfassung von 1846 erweiterte die politische Partizipation nur in wenigen Punkten – Senkung des Wahlrechtsalters, Abschaffung des Zensus sowie der Wahlmänner – und schloss den Einbezug von Elementen der direkten Demokratie nach dem Vorbild anderer regenerierter Kantone noch aus. Dies geschah erst 1869 durch die Einführung des obligatorischen Gesetzes- und Finanzreferendums,

allerdings gegen die Opposition des Juras⁷. Die politische Modernisierung liess somit relativ lange auf sich warten.

Bei der radikalen Linken, die sich von den Liberalen abgespalten hatte, verband sich ein ausgeprägt zentralistisches Denken mit der Forderung nach vermehrten Volksrechten und ersten sozialstaatlichen Massnahmen. In diesem Sinne nahmen die Radikalen nach der langen Krise in der Jahrhundertmitte die Lösung der sozialen, der finanziellen und der ökologischen Probleme an die Hand: Ein Paket von drei aufeinander abgestimmten Gesetzen band 1857 die Unterstützungspflicht an den Wohnort und beseitigte damit das in einer Zeit der Massenwanderungen unhaltbar gewordene heimatörtliche Prinzip der Armenversorgung. Nach zwei Revisionen (1855, 1865) einigte man sich über die Einzelheiten des 1846 angekündigten und 1847 provisorisch realisierten, auf direkten Grund-, Kapital- und Einkommenssteuern basierenden neuen Finanzsystems⁸. 1860 band ein Gesetz die Bewilligung zum Roden von Wald an die Voraussetzung, dass dafür die gleiche Fläche an einem anderen Ort aufgeforstet werde, eine Bestimmung, die 1876 ins eidgenössische Forstgesetz übernommen wurde.

Die zweigipflige Krise von 1846 bis 1855 beendete eine Periode mit relativ geringer Wanderungsintensität, die dem Kanton während der Hochkonjunktur der Agrarmodernisierung im frühen 19. Jahrhundert einen kleinen Überschuss an Zuwanderern gebracht hatte. Weil die voll ausgebaute Landwirtschaft zunehmend unter Wettbewerbs- und Rationalisierungsdruck geriet und mit dem städtischen Lohnniveau nicht mehr Schritt halten konnte, verloren agrarisch geprägte Gemeinden einen Grossteil ihres Geburtenüberschusses. In dieser Situation wurde der Kanton Bern mit seinem bedeutenden Agrarsektor längerfristig zum Abwanderungsgebiet und damit innerhalb der Schweiz zu einer Peripherie. Innerhalb des Kantons selber stellte sich ein Wanderungsgefälle zwischen Zentren und Peripherien ein. Kennzeichnend für die ländlichen Abwanderungsgebiete war ein überdurchschnittlicher Anteil von Alten und Kindern, gepaart mit einem Mangel an ökonomischer Innovationskraft.

Der Eisenbahnbau beschränkte sich bis um 1890 mit wenigen Ausnahmen auf das tiefere Mittelland und den Jura und trug dadurch zur Verschärfung der regionalen Gegensätze bei. Über den Bau der Anlagen hinaus löste der neue Verkehrsträger nur schwache ökonomische Impulse aus. Die Wachstumsphase des Bruttosozialprodukts von 1850 bis 1880, die bedeutendste innerhalb des 19. Jahrhunderts, ging am Kanton Bern nahezu spurlos vorbei. Während in der Ostschweiz mit der Maschinen- und Metallindustrie und in Basel mit der chemischen Industrie neue, wachstumsträchtige Branchen Fuss fassten, wurden industrielle Arbeitsplätze im Kanton Bern nur in bescheidenem Ausmasse in der Baumwollindustrie geschaffen, einem «alten» Industriezweig, der sich von Osten her entlang der Bahnlinie Olten–Bern an günstigen Standorten einnistete. Der Aufstieg des Tourismus blieb auf das Zentrum Interlaken beschränkt. Diese auffallende Innovationsschwäche, deren Ursachen näher untersucht werden müssten, hat die Wirtschaftsstruktur des Kantons bis heute geprägt.

Die «Grosse Depression» leitete von 1877 an den Zerfall des Gesellschaftsmodells der liberalen Gründerära ein. Der konjunkturelle Rückschlag wurde durch

die Kompetenzüberschreitung des Regierungsrates bei der finanziellen Unterstützung der Bern–Luzern-Bahn, die sich zu einer eigentlichen Staatskrise auswuchs, möglicherweise entscheidend verschärft und verlängert. In keinem Kanton brach die Baukonjunktur so stark ein, in keinem Kanton dauerte die Krise so lange, und kein Kanton ausser Schaffhausen verlor im Zeitraum 1880–1888 einen so bedeutenden Teil seiner initiativen jugendlichen Arbeitskräfte durch Ab- und Auswanderung (Brain-Drain) wie Bern. Auch die bescheidene Zahl von Arbeitsplätzen im zweiten und dritten Sektor und die verhältnismässig geringe Länge des bernischen Eisenbahnnetzes um 1889 führen zum Schluss, dass der Kanton im Modernisierungsprozess weit zurückgefallen war.

8.4 *Das klassenpolarisierte Modell der Nachgründerära*

Im Rahmen des «klassenpolarisierten Gesellschaftsmodells der Nachgründerära» integrierte sich die Schweiz zwischen 1885 und dem Ersten Weltkrieg in umfassender Weise in die Weltwirtschaft: Mit der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung fand in der Exportindustrie, zusätzlich zu den traditionellen Bereichen Uhren und Textilien, eine Diversifikation in neue Branchen wie Nahrungsmittel, Maschinenbau, Tourismus oder Banken statt. Damit ging die für die schweizerische Wirtschaft des 20. Jahrhunderts typische Spezialisierung einher, der eine Zunahme und Diversifizierung der Importe entsprach. Die Wirtschaft organisierte sich unter dem neuen politökonomischen Régime in systematischer Weise in Verbänden, und durch die Kartellbildung veränderten sich die Marktformen. Die Staatseingriffe verstärkten sich auf allen Ebenen und prägten den Wachstumsprozess. Mit dem Fabrikgesetz und der Förderung der Berufsschulen wurde die Ausbildung den neuen Erfordernissen angepasst, Referendum (1874) und Volksinitiative (1891) erweiterten die politische Partizipation, durch den Einbezug der Konservativen in den Bundesrat stützte sich das System parteipolitisch breiter ab. Zum Symbol der politischen Erneuerung wurde in Bern die neue Verfassung, die 1893 in Kraft trat und den Weg zu einer weiteren Sanierung des Armenwesens durch eine wesentliche Unterstützung der Einwohnergemeinden und einen Lastenausgleich auf der Basis einer kantonalen Armensteuer ebnete.

Mit mehrjähriger Verspätung griff der gesamtschweizerische Modernisierungsschub 1890 auf den Kanton über und leitete eine lange Periode der Prosperität ein, die als die eigentliche Gründerzeit der bernischen Industrie bezeichnet werden kann. Neue Unternehmungen entstanden, bestehende vergrösserten sich sprunghaft, die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor verdoppelte sich, die Hochbauinvestitionen versiebenfachten sich. Der Bauboom wurde von der Industrie, vom Eisenbahnbau und vom Tourismus getragen, später wohl auch von der Landwirtschaft, als sich diese im Verlauf der 1890er Jahre aus der Krise hochrappelte. Die öffentlichen Kassen füllten sich randvoll mit Steuergeldern: Von 1893 bis 1903 hob sich die Steuerkraft der Gemeinden um 25%.

Die Ursachen dieses raschen konjunkturellen Aufschwungs sind noch erklärungsbedürftig. Bedeutung kann der Tatsache zugeschrieben werden, dass das

Potential des neuen Energieträgers Elektrizität schon in der Anfangsphase der technischen Entwicklung erkannt wurde. Durch den Betrieb von Kleinkraftwerken wurde es zunächst für die Beleuchtung genutzt. In Biel gelang 1884 eine der weltweit ersten Fernübertragungen von elektrischer Kraft. In Wynau wurde 1896 das erste grosse Flusskraftwerk der Schweiz in Betrieb genommen. Die Elektrifizierung der Burgdorf–Thun-Bahn war sogar eine europäische Pionierleistung. Durch die Nutzung der Elektrizität als Kraftquelle in der Industrie und im Verkehr verbilligten sich die Energiekosten, und die Belastung der Luft mit Russ und Abgasen verringerte sich. Als weitere Konjunkturlokomotive wirkte der Tourismus. Ausgehend vom bestehenden Zentrum Interlaken, wurden von den späten 1880er Jahren an die Täler des Oberlandes von Ost nach West durch den Bau von Bergbahnen binnen zweier Jahrzehnte für den Massentourismus erschlossen.

Entgegen dem gängigen Cliché von der Rohstoffarmut der Schweiz spielte die Veredelung einheimischer Rohstoffe (Nahrungsmittel, Steine und Erden, Wasserkraft) im Falle der bernischen Industrialisierung eine bedeutende Rolle. Im Kanton Bern expandierten einmal die traditionellen Leichtindustrien (Uhren- und Textilindustrie), dann entstanden neue Branchen wie die Metall-, Porzellan-, Zement- und Nahrungsmittelindustrie, die auf Prozesswärme angewiesen waren, ferner die Maschinenindustrie und Branchen, die Bestandteile der neuen Energieverteilungs- und Kommunikationsnetze herstellten.

Die reichlich fliessenden Staatseinnahmen wurden weitsichtig in den Bau von Nebenbahnen und in die Alpentransversale am Lötschberg investiert, was der Erschliessung des westlichen Oberlandes zugute kam und das Modernisierungspotential der Landwirtschaft in den mittelländischen Peripherien verbesserte.

Mit dem verstärkten Einbezug in überregionale Märkte intensivierten sich die Austauschbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie: Diese lieferte die Hilfsstoffe und die Maschinen, die es der Landwirtschaft erst erlaubten, ihre Produktivität in einem entsprechenden Ausmasse zu steigern und die Auswirkungen der Landflucht zu kompensieren, jene trug zur Versorgung einer schnell wachsenden Industriebevölkerung mit Milch, Fleisch und Frischprodukten bei. Die Produktionszunahme stützte sich technologisch auf eine mit tierischer Kraft betriebene, dank dem Übergang zur Serienfabrikation für grössere Betriebe erschwingliche Mechanisierung von personalintensiven Arbeitsgängen wie Mähen, Heubearbeitung und Dreschen, ökologisch auf die Anwendung hoffremder mineralischer Dünger und importierter Futtermittel, infrastrukturell auf ein verdichtetes Bahnnetz, organisatorisch auf die Vermittler-, Verteiler- und Abnehmerfunktion der aufkommenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, politisch auf die Rückendeckung durch den 1897 gegründeten Schweizerischen Bauernverband.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begann 1914 eine 35jährige Periode, die im wesentlichen von kriegsbedingten Störungen des Wirtschaftslebens und durch die Wirtschaftskrise geprägt war, in der das klassenpolarisierte Gesellschaftsmodell der Nachgründerära ein Ende nahm. Das neue Modell des umverteilenden Wohlfahrtsstaates entfaltete sich wegen der Zäsur des Zweiten Weltkrieges erst von den 1950er Jahren an.

